



GRÜNE WIRTSCHAFT JA

NDG-REVISION NEIN

INHALT

ABSTIMMUNGEN 25.9.2016	2-3
STROMWIRTSCHAFT IN NOT	4
GRÜNE STADT ZÜRICH	5
GRÜNE WINTERTHUR	6
JUNGE GRÜNE	7
AGENDA	8

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

am 25. September stimmen wir gleich bei zwei Vorlagen darüber ab, wie stark sich der Staat in die Wirtschaft bzw. in die Privatsphäre einmischen soll oder darf.

Zum einen kommt unsere Initiative für eine Grüne Wirtschaft zur Abstimmung. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass eine nachhaltige Wirtschaft die Umweltbelastung zeitnah auf ein global verträgliches Mass senken muss. Dies schon die Umwelt, schafft Arbeitsplätze und gibt den KonsumentInnen die langlebigen, reparierbaren Produkte zurück. Die Abstimmungskampagne der Grünen ist gut aufgestellt. Aber wir sind nicht alleine: Eine breite Allianz unterstützt die Initiative. Bereits sichtbar ist auch die Gegenkampagne der Economiesuisse, welche die Grüne Initiative mit dem Etikett der Verbots- und Bevormundungspartei bodigen will. Doch die Strategie hinkt: Denn die Initiative für eine Grüne Wirtschaft will genau das Gegenteil von Verboten und Vorschriften. Das Einzige, was die Initiative ver-

bindlich regelt, ist das Ziel: «Nachhaltig bis 2050».

Weiter steht die Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) auf der Agenda. Als einzige Fraktion im Nationalrat haben die Grünen die Revision einstimmig abgelehnt und erfolgreich das Referendum ergriffen. Die Revision des NDG stellt wesentliche Elemente der freien Gesellschaft in Frage. Unverhältnismässige Vorratsdatenspeicherung, die Massenüberwachung ohne konkreten Verdacht und andere Werkzeuge sind höchst fragwürdige Instrumente für die Strafverfolgung.

Es steht ein Grüner Herbst vor uns: Die Grüne Wirtschaft macht den Auftakt, im November folgen die Kulturlandinitiative und die Atomausstiegsinitiative. Mit unserem Engagement können wir in den nächsten vier Monaten sehr viel für unsere Ziele erreichen. Auf gehts!

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Uns Grünen steht ein heisser Abstimmungserbst bevor. Am 25. September kommt unsere nationale Initiative für eine Grüne Wirtschaft zur Abstimmung. Eines ist klar: Wir haben nur einen Planeten. Mit einer engagierten Kampagne wollen wir an der Urne ein Ja zur Initiative erreichen, damit die Umweltbelastung der Schweiz bis zum Jahr 2050 auf ein naturverträgliches Mass gesenkt wird (S. 3). Auf kantonaler Ebene stimmen wir zudem über die Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» ab. Die hohen Betreuungskosten werden für immer mehr Eltern zum Problem. Die Initiative fordert daher eine fairere Verteilung der Kosten auf alle, die von einer schulergänzenden Kinderbetreuung profitieren – also Eltern, Wirtschaft und Staat (S. 2).

In der Stadt Zürich geht es jetzt vorwärts mit dem geplanten Bundeszentrum für Asylsuchende. Grünes Fazit zum Umsetzungsplan: Besser als erwartet, aber noch nicht gut genug. Unsere Argumente und Forderungen finden sich auf Seite 5. Und auch sonst gibt's jede Menge Grüne Neuigkeiten aus der Region.

■ Nadine Berthel, Geschäftsführerin Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2'300 Ex. Redaktion & Layout: Nadine Berthel. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Nadine Berthel, Karin Fehr, Bastien Girod, Röbi Brunner, Luca Maggi, Markus Knauss, Reto Diener, Meriel Thierer, Linda Müller, Steven Goldbach, Markus Kunz, Bildnachweise: S. 1: Grüne Schweiz, S. 2: markusspiske/photocase.de, S. 4: Manuel_07/photocase.de, S. 5: Stadt Zürich, S. 6: Reto Diener, S. 7: Julian Croci
Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

BEZAHLBARE KINDERBETREUUNG EIN JA DIENT WIRKLICH ALLEN

Am 25. September 2016 stimmen wir Zürcherinnen und Zürcher über die kantonale Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» ab.

Wie in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Freiburg soll auch im Kanton Zürich ein Betreuungsfonds eingerichtet werden. Mit den Fondsgeldern werden die Gemeinden beim weiteren Ausbau der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung unterstützt und die Kosten für die Eltern gesenkt. Die Fondsmittel werden aber auch zur Förderung der Ausbildung des Betreuungspersonals und damit der Angebotsqualität eingesetzt. Arbeitgeber und Selbständigerwerbende werden jährlich moderate Beiträge an den Betreuungsfonds entrichten. Der Fonds stellt damit sicher, dass künftig alle, die von der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung profitieren – also Eltern, Wirtschaft und Staat – die Betreuungskosten gemeinsam tragen.

Überdurchschnittliche Belastung

Zürcher Eltern werden heute überdurchschnittlich stark durch die Kinderbetreuungskosten belastet. Sie tragen rund zwei Drittel der Kosten,

im Kanton Waadt dagegen sind es im Durchschnitt 38%, in den angrenzenden Auslandsregionen maximal 25%. Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, haben häufig weniger Geld im Portemonnaie, als wenn nur ein Elternteil arbeiten würde. Hohe Betreuungskosten setzen damit völlig falsche Anreize: Den Eltern erschweren oder verunmöglichen sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Wirtschaft gehen dringend benötigte Fachkräfte verloren. Und beim Staat führen die hohen Betreuungskosten zu Steuerausfällen und mehr Sozialhilfeaufwendungen.

Investition in die Zukunft

Von einer qualitativ guten familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung profitieren aber vor allem die Kinder selbst: Die Lebensbedingungen und Lernerfahrungen in der frühen Kindheit sind für die weiteren Bildungsbiographien entscheidend. Dass die reiche Schweiz deutlich weniger in den Vorschulbereich investiert als die Mehrheit der übrigen OECD- und EU-Länder, ist ein Armutszeugnis.

■ Karin Fehr, Kantonsrätin Grüne, Zürich



GRÜNE WIRTSCHAFT

EINE HISTORISCHE ENTSCHEIDUNG

Was sind die Chancen der Initiative, was ist unsere Strategie und wie kannst du mitmachen?

Gemäss einer repräsentativen Umfrage sieht eine klare Mehrheit der Bevölkerung die Probleme, welche die Initiative anspricht (Abfallberge, Regenwaldabholzung, Ressourcenverschwendung)

Stimmung zu kippen. Ihre Kamapgne ist darauf ausgelegt, Angst zu machen. So wird behauptet, mit der Annahme der Initiative könne man nicht mehr warm duschen, Fleisch essen oder in

vorlegen, um zu zeigen, ob wir auf Kurs sind und falls nicht, welche Massnahmen ergriffen werden könnten.



als grosses oder sehr grosses Problem. Massnahmen wie Förderung umweltfreundlicher Produkte, Umweltstandards für importierte Produkte oder mehr Recycling werden von über 80% der Bevölkerung unterstützt.

Klare Umfrageergebnisse

Auf die Frage «Im September wird über die Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft abgestimmt. Sie fordert, dass die Umweltbelastung der Schweiz bis 2050 auf ein global verträgliches Mass reduziert wird. Dazu soll die Umweltbelastung von Produkten reduziert werden, indem die Wiederverwertung (Recycling) und Abfallvermeidung gefördert werden und für importierte Produkte minimale Umweltstandards gelten. Wenn am nächsten Sonntag über die Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft abgestimmt würde, wären Sie dann dafür?» haben nur 6% der Befragten mit «bestimmt dagegen» oder «eher dagegen» geantwortet, während 67% eher oder bestimmt dafür waren.

Doch Economiesuisse wird mit einer Millionenkampagne versuchen, diese

den Urlaub fliegen. Das ist kompletter Unsinn – und das müssen wir deutlich machen. Auch wenn die Grünen eine Veränderung im Konsumverhalten begrüssen, die Initiative selber wählt ganz klar einen technologie- und wirtschaftsfokussierten Ansatz. Es geht um nachhaltigere Produktion, nicht um weniger Konsum. Das Potential von Umwelttechnologien wie erneuerbaren Energien, recyclier- und reparierbaren Geräten, ökologisch abbaubaren Materialien und ressourcenschonenden Designs ist gewaltig und erlaubt uns, das Ziel der Initiative zu erreichen.

Ziel: Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Natur

Aber wir wollen uns (noch) gar nicht zu stark auf die Massnahmenebene begeben. Es handelt sich um eine Zielinitiative, welche Bundesrat und Parlament den Auftrag gibt, bis 2050 ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Natur zu schaffen. Ein Ziel, das sich viele vorbildliche Länder und Unternehmen bereits gesetzt haben. Der Bundesrat muss dem Parlament bei Annahme der Initiative alle vier Jahre einen Bericht

Unsere Kampagne

Unser Kampagnenlogo beinhaltet die Kernbotschaften: Es geht um ein langfristiges Generationenziel: eine nachhaltige Gesellschaft bis 2050. Dieses Ziel wollen wir durch eine Kreislaufwirtschaft erreichen: Konkret müssen alle Produkte, welche in die Umwelt gelangen, zu 100% umweltverträglich sein oder 100% recycelt werden.

Helfende Hände gesucht

Wie kannst du bei dieser Initiative mithelfen? Mit einer engagierten Kampagne können wir diese Initiative gewinnen und einen wahrlich historischen Entscheid herbeiführen. Dazu ist dein Engagement wichtig. Z.B. online, durch die Verbreitung unserer Botschaften, den Versand von Postkarten, das Verteilen von Flyern oder gar beim Mitorganisieren von regionalen Aktivitäten – wir können jede helfende Hand gebrauchen. Melde dich deshalb unter www.gruenewirtschaft.ch und trage dich im «Mitmachen»-Formular ein.

■ Bastien Girod, Nationalrat, Zürich

ABSTIMMUNGEN 25.9.16

Kantonale Vorlagen

JA Kinderbetreuungsinitiative

Eidgenössische Vorlagen

(Anträge der Geschäftsleitung, Parolenfassung 20. August 2016)

JA VI «Grüne Wirtschaft»

NEIN Nachrichtendienstgesetz

JA VI «AHVplus»

HINTERGRUND

STROMWIRTSCHAFT IN NOT

Die Grosshandelspreise für Strom sind in Europa auf ein Niveau von rund 3 Rp./kWh gesunken. Das liegt für die meisten schweizerischen Kraftwerke unter den Gesteungskosten.

Die Ursachen

Das Eigenkapital der grossen und mittleren Stromproduzenten schmilzt wie die Gletscher. Die Repower stand vor der Insolvenz, die ALPIQ hat massive Schlagseite. Die AXPO steht etwas besser da, sie wird sich den Liquiditätsabfluss aber auf Dauer nicht leisten können.

Rund die Hälfte der Misere geht auf das Konto des starken Schweizer Frankens. Wichtige Investitionsentscheide der grossen Stromproduzenten wie die Nachrüstung der AKW Beznau I und II oder das Pumpspeicherkraftwerk Linth-Limmern wurden bei einem Wechselkurs von 1.60 Fr./€ gefällt.

Zu hohe Kraftwerkskapazität

Die andere Hälfte der Misere hat unterschiedliche Gründe. Der Stromverbrauch in Europa ist weniger gestiegen als prognostiziert, weshalb zu viel Kraftwerkskapazität vorhanden ist. Die Photovoltaik hat den Hochtarif über Mittag vernichtet. Preisbestimmend sind aber die alten abgeschriebenen Kohlekraftwerke, die wegen der billigen Kohle und den Ramschpreisen für CO₂-Zertifikate die Stromnetze fluten.

Strom mit Preisgarantie, also Photovoltaik, Wind, Geothermie und Biomasse, hat einen Anteil an der gegenwärtigen Tiefpreisphase. Dieser ist aber angesichts des immer noch geringen Anteils an der gesamten Stromproduktion in keiner Weise ausschlaggebend für den aktuellen Strompreis. Bei der Biomasse hat die EU einen Teil der Agrarsubventionen via Umlageverfahren auf die

Stromkonsumenten überwältigt. Die Preisgarantie für die neuen Erneuerbaren hat aber ganz wesentlich dazu geführt, dass Oligopole an Bedeutung verlieren und Oligopolisten ihr Geschäftsmodell zügig ändern müssen.



Der Pudding kommt in Fahrt

Das Beispiel der bündnerischen Repower zeigt das Dilemma deutlich. Das Stromgeschäft der Repower bestand 2015 aus 2'879 GWh Eigenproduktion und Beteiligungsenergie sowie zu 14'894 GWh aus Handel. Weiter sind sie im Gasgeschäft aktiv mit einem Absatz von rund 2.5 Mia. m³ Gas. Der Strommix bestand 2015 zu 52% aus Wasserkraft, 31% aus Gas, 13% AKW und 4% Wind. Gerettet wird also ein wenig erfolgreicher Stromhändler mit hohem

Anteil Gasgeschäft, etwas Wasserkraft, und wesentlichen Beteiligungen an Atomstrom. Wie die EKZ Letzteres loswerden will, dürfte auch die Stadt Zürich interessieren, die ja ebenfalls derartige Beteiligungen abstossen will.

Man wird den Verdacht nicht los, dass die Rettung der Wasserkraft nicht das einzige Motiv für den Einstieg der EKZ in die Repower ist, dazu hätte sie ja bei der ALPIQ Wasserkraftwerk-beteiligungen kaufen können. Ist es nicht eher so, dass man bei einer Insolvenz der Repower marktwirtschaftliche Mechanismen fürchtete? Stühlerücken auf der Titanic?

Marktwirtschaft

Die aktuelle Diskussion um die Eigentümerstrategie des Kantons Zürich wirft zu Recht die Frage auf, ob Stromproduktion weiterhin Staatsaufgabe sein soll. Der Strommarkt ist in einer Transformation und Marktwirtschaft bedeutet, dass ein Marktteilnehmer scheitern kann. Sofern staatliche Massnahmen nötig werden, haben sie sich auf eine zukunftsfähige Stromproduktion zu beschrän-

ken. Diese ist erneuerbar. Unser Ziel ist die Energiewende und der zügige Ausstieg aus der Atomkraft. Das kann mit den grossen Drei erfolgen, es geht aber auch ohne diese.

■ Röbi Brunner, Kantonsrat Grüne, Steinmaur

BUNDESZENTRUM ZÜRI-WEST ZÜRICH MUSS EIN SIGNAL SETZEN



Viele Fragen zum geplanten Bundeszentrum sind noch offen.

Der Stadtrat präsentierte kürzlich erste Umsetzungspläne für das geplante Bundeszentrum in Züri-West. Grünes Fazit: Besser als erwartet, aber noch nicht gut genug. Wenn in Zürich ein solches Zentrum entsteht, muss es den BewohnerInnen klare Vorteile im Vergleich zu anderen Standorten bringen.

Wir erinnern uns zurück: Juni 2013, Abstimmung über diverse Asylgesetzverschärfungen. Wir Grünen haben das Gesetz abgelehnt, nicht zuletzt, weil wir die geplanten Bundeszentren missbilligen. Zu gross ist die Gefahr, dass Menschen dort abgeschottet und unter prekären Bedingungen leben.

Seit einigen Jahren ist nun die Umsetzung im Gange. Mit einem Testbetrieb in Zürich-Altstetten bot die Stadt Zürich dem Bund Hand, den Betrieb eines solchen Bundeszentrums zu testen. 2020 soll das definitive Zentrum eröffnet werden. Wir Grünen bleiben skeptisch, sind aber gleichzeitig der Auffassung, dass es für die betroffenen Menschen noch schwieriger wird, wenn sie in Gemeinden untergebracht werden, wo alleine ihr Dasein auf Widerstand stösst. Das Wohl und die Würde dieser Menschen müssen Hauptargumente für ein solches Zentrum sein.

Wir fordern deshalb:

- Bewegungsfreiheit für die BewohnerInnen – keine Kontrollen und Ausgangssperren
- Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten für die BewohnerInnen
- Förderung des Zusammenlebens im Quartier – keine Arealumzäunung

- Schutz von Schwächeren – insbesondere Frauen und Kinder müssen sich sicher fühlen
- Schulunterricht für Kinder in öffentlichen Schulen ausserhalb des Zentrums
- Deutschkurse, Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten – sinnvolle Tagesstrukturen für die Asylsuchenden

Das Bauprojekt, welches der Stadtrat im Frühling präsentierte, geht eindeutig in diese Richtung, was uns freut. Ungeklärt sind jedoch noch viele Fragen bezüglich Betriebsführung, Betreuung und Beschäftigungsmöglichkeiten. Bewegungsfreiheit und Begegnungsorte mit der Quartierbevölkerung sind für uns unverzichtbar. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen und zu zeigen, dass das betroffene Quartier eine menschenwürdige Unterbringung will, haben wir eine Petition gestartet, welche bereits 2'000 Personen fast ausschliesslich aus dem betroffenen Kreis 5 unterschrieben haben.

■ Luca Maggi, Vizepräsident Grüne Schweiz, Vizepräsident Grüne Stadt Zürich

Zu unserer Petition:
www.fluechtlinge-zueri.ch

EIN ANGEMESSENER PREIS FÜR DAS TEUERSTE PFLASTER

Die Stadt Zürich hat sich im Verkehr ehrgeizige Ziele gesetzt. In den nächsten zehn Jahren soll der Anteil des Autoverkehrs am Gesamtverkehr um rund einen Drittel reduziert werden.

Dieses Ziel soll mit verschiedenen Massnahmen erreicht werden. So wird der öffentliche Verkehr stark ausgebaut und der Rahmenkredit von 120 Millionen Franken für den Ausbau von Velowegen und Veloabstellplätzen ist schon verabschiedet.

Als nächster Ansatzpunkt folgt nun der Autoverkehr selber. Es ist unverständlich, dass die öffentlichen Strassenparkplätze in der Stadt Zürich heute so günstig sind. Auch Parkplätze sind öffentlicher Raum, der entweder umgestaltet werden kann – für Plätze, Fuss- oder Velowege, für Grünflächen oder für Strassencafés – und wenn das nicht möglich ist, dann sollen die Parkplätze wenigstens einen angemessenen Ertrag erzielen.

Im Gemeinderat hat sich auf Anregung von Gian von Planta und mir nun ein Kompromiss durchgesetzt, der in der Innenstadt, in Oerlikon und in Zürich West die Parkgebühren zwischen 20 und 100% erhöht.

Damit werden zwei Ziele erreicht: Erstens werden damit die viel zu günstigen Parkgebühren der öffentlichen Strassenparkplätze an die Gebühren der privaten Parkhäuser angepasst. Zweitens wird mit einem höheren Preis ein Lenkungseffekt erzielt; ein höherer Preis für Parkplätze bedeutet weniger Autoverkehr in der Stadt Zürich.

■ Markus Knauss, Gemeinderat Grüne, Zürich

JETZT

SONNENERGIE ERNTEN

Sonnenstrom von unseren Dächern kann gut zwei bis drei Atomkraftwerke ersetzen. Weil die nationale Politik klemmt, müssen die Gemeinden in die Bresche springen.

Die Energiewende ist ins Stocken geraten. Von den vielen Versprechungen nach dem Reaktorunfall in Fukushima sowie nach der Klimakonferenz in Paris ist nicht mehr viel übriggeblieben. Der Nationalrat hat in seiner rückwärtsgewandten Mehrheit das vom Bundesrat vorgelegte, bereits nicht wirklich ehrgeizige Programm Energie 2050 nochmals zusammengestrichen. Die Schweiz, einst Vorreiterin im Bereich der neuen erneuerbaren Energien gerät weiter ins Hintertreffen. Andere Länder wie Deutschland, Dänemark oder auch Norwegen sind weiter.

Immenses Potential der Photovoltaik

Für Windenergieanlagen gäbe es auch in der Schweiz viele gute Standorte. Die Umsetzung ist aber aus unterschiedlichen Gründen nicht so einfach. Ganz anders beim Solarstrom: Photovoltaik-Anlagen nur schon von den Dächern unserer Häuser könnten 20% oder mehr unseres Strombedarfs decken. Es gibt kaum mehr Gemeinden, die das nicht flächendeckend zulassen. Auch in Winterthur ist die Installation von Solarzellen ausser in den Kernzonen bewilligungsfrei umsetzbar. Solare

Wärme und Strom sind hierzulande das am einfachsten zu erschliessendes Potenzial an neuen erneuerbaren Energien. Es benötigt keinerlei zusätzlich versiegelte Flächen, wir müssen lediglich die «Auffangeinrichtung» aufs Dach stellen, um die Gratisenergie zu ernten.

Die Produktion an solarem Strom in der Schweiz hat erst knapp einen Zehntel des erwähnten Potentials erreicht. In Winterthur ist es sogar noch weniger. Unser nördliches Nachbarland liegt bei der Solarstromproduktion landesweit um einen Faktor 4 höher. In einzelnen Regionen, wie z.B. Bayern ist es gar bereits sechs mal mehr. Und hierzulande? Die KEV-Fördermittel werden weiter gedeckelt und zurückgefahren. Weiterhin fliesst mehr Geld in die Atomenergie und neuerdings auch in die Förderung der Wasserkraftwerke (wo das zusätzliche Potential nachweislich sehr klein ist). Weil die Energiepreise im Keller sind, und wohl noch eine Weile da bleiben werden, ist es umso wichtiger, dass Investitionen in die Zukunft mit Anreizen gestützt werden. Auch wenn die Rechnung auf 20 bis 30 Jahre hinaus aufgeht, scheu-

en viele Hausbesitzer die Investition, die für den Aufbau einer neuen Anlage notwendig ist.

Kommunaler Masterplan Solarenergie

Stadtwerk Winterthur betreibt seit Anfang 2012 ein erfolgreiches Förderprogramm für energetische Gebäudesanierungen. Soeben zeigt ein Bericht, dass damit einiges an CO₂ Einsparungen bewirkt werden konnte. Zur Erreichung der langfristigen Ziele braucht es aber beides, die Effizienzsteigerung beim Energieverbrauch sowie den Umstieg auf die Erneuerbaren bei der Produktion. Die Grünen fordern deshalb mit einem Postulat im Grossen Gemeinderat auch für die solare Stromproduktion ein kommunales Förderungsprogramm. Der Energiestadt Gold (das letzte Mal nur ganz knapp erreicht!) stünde es gut an, hier noch etwas nachzulegen.

Mit einem zweiten Postulat soll die Stadt in einem Masterplan aufzeigen, wie auf den rund 1'000 Liegenschaften, die der Gemeinde gehören, die Nutzung der Sonnenenergie stärker vorangetrieben werden kann. Eine Interpellation schliesslich regt an, nicht nur Hausdächer und -fassaden in die Überlegungen miteinzubeziehen. Unterdessen können auch befestigte Plätze und Wege mit Solarzellen bestückt werden. In Holland beispielsweise werden solche Konzepte bereits erfolgreich umgesetzt. Das ganze Vorstosspaket soll neben den Energiezielen auch erreichen, dass die Stadt Winterthur künftig nicht nur als erfolgreiche Velostadt sondern auch wieder als wegweisende Energiestadt auftreten kann.

■ Reto Diener,
Präsident Grüne Winterthur



BIS SEPTEMBER MÖCHTE ICH 1'000 UNTERSCHRIFTEN SAMMELN

Das Einreichdatum für die Zersiedelungsinitiative rückt immer näher. Nun heisst es für den Endspurt nochmal alle Kräfte zu mobilisieren. Linda Müller zählt zu den jüngsten und zugleich erfolgreichsten SammlerInnen der Jungen Grünen.

Hallo Linda, du bist eine sehr erfolgreiche Sammlerin bei den Jungen Grünen. Wie lange bist du schon bei uns dabei?

Erst seit Anfang November 2015.

Und seit wann sammelst du schon für die Zersiedelungsinitiative und was ist dein aktueller Sammelstand?

Gleich seitdem ich aktiv bei den Jungen Grünen dabei bin. Es müssten jetzt ca. 700 Unterschriften sein.

Wow, das sind ca. 80 Unterschriften im Monat. Was hat dich motiviert so viel zu sammeln?

Wenn man etwas macht, dann richtig. Tönt nach einem blöden Spruch, ist aber so.

Hast du denn ein Sammelziel für die Zersiedelungsinitiative?

Bis September möchte ich für die Initiative mindestens 1'000 Unterschriften gesammelt haben.

Ein grosses Ziel! Hast du beim Sammeln auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen?

Es gibt da die einen oder anderen unangenehmen Personen, die einen nicht ausreden lassen. Der Fremdenhass, der einem hin und wieder entgegenkommt, ist auch erschreckend. Mit dem kann ich aber umgehen. Am mühsamsten ist schlicht das Wetter. Regen macht die Unterschriftenbögen nass und verschmiert sie, dazu drückt es auf die Stimmung der PassantInnen.

Ja, das ist mühsam. Aber du hattest sicher auch positive Erlebnisse?

Ja, sicher. Einmal habe ich Jonas Projer von der SRF Arena beim Sammeln angetroffen. Er konnte zwar nicht unterschreiben, dafür aber sein Kollege.

Kannst du uns noch ein paar gute Sammelorte verraten?

Die Velomessen laufen immer sehr gut. Ich mag es, vor allem auch an Openairs zu sammeln, weil dort die Leute gut drauf sind und man selber noch Musik hören kann.



Und was ist deine Motivation ist, weiterhin so aktiv zu sammeln?

Die Zersiedelung aufzuhalten ist für mich ein sehr sinnvolles Anliegen, für das ich mich weiterhin einsetzen möchte. Nach all dieser Zeit, die wir gemeinsam gesammelt haben, möchte ich unbedingt, dass die Initiative zustande kommt. Zum Glück können wir auf die tatkräftige Unterstützung der Grünen zählen. Ich bin überzeugt, dass wir es zusammen schaffen werden.

■ Das Gespräch führte Meriel Thierer, Vorstand Junge Grüne Zürich

TISA UND CO WIDERSTAND WÄCHST

Mitte Juni hat sich in der Schweiz unter Beteiligung der Grünen und Jungen Grünen das Bündnis «Gemeinsam gegen TTIP, TISA & Co.» gegründet. Die rasant wachsende europaweite Bewegung gegen die gefährlichen Freihandelsabkommen ist nun auch in der Schweiz endgültig angekommen.

Wie bei TTIP finden auch im Fall von TISA die Verhandlungen, an denen die Schweiz mit 23 weiteren Staaten teilnimmt, nach wie vor im Geheimen statt. Nur dank der Plattform WikiLeaks konnten einzelne Verhandlungsdokumente bisher an die Öffentlichkeit gelangen. Jede neue Enthüllung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen: Abbau des KonsumentenInnen-, ArbeitnehmerInnen- und Umweltschutzes, Privatisierungen in allen Bereichen des Service Public. Das Prinzip der sogenannten «technologischen Neutralität», welche eine spezifische Förderung von Erneuerbaren Energien nur zulassen würde, wenn Kohle- und Kernenergie im gleichen Masse gefördert würden, wäre das Ende für die Energiewende. Und ein Armutszeugnis für jene Staaten, die erst vor sechs Monaten den Pariser Klimavertrag unterzeichnet haben.

Was tut der Bundesrat? Als hätte es die Enthüllungen von WikiLeaks nie gegeben, perfektioniert Johann Schneider-Amman die Rolle des beschwichtigenden Ahnungslosen, um im gleichen Atemzug Möglichkeiten für eine Teilnahme an den Schwesterabkommen TTIP und CETA auszuloten.

Umso wichtiger ist es jetzt, den Druck aufrechtzuerhalten. Wir lassen nicht locker und werden eine Beteiligung der Schweiz an den Abkommen notfalls per Referendum verhindern.

■ Steven Goldbach, Koordinator Junge Grüne Zürich

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

25. August 2016, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung, Themen:
Grüne Wirtschaft & NDG-Referendum
 Volkshaus Zürich, Stauffacherstrasse
 60, Apéro ab 19:00 Uhr

GRÜNE STADT ZÜRICH

4. Oktober 2016, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14,
 Apéro ab 19:00 Uhr

GRÜNE WINTERTHUR

31. August 2016, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Kongresshaus, Liebestrasse 3

3. September 2016, 13:30–17:00 Uhr
Infoveranstaltung «Faire Wirtschaft»
 Mit Nationalrat Balthasar Glättli, Kon-
 gresshaus, Liebestrasse 3

GRÜNE BEZIRK BÜLACH

20. September 2016, 20:00 Uhr
Mitgliederversammlung
 Praxisgemeinschaft Rössligasse,
 Rössligasse 11, Bülach

GRÜNE DIETIKON

27. August 2016, 8:00–12:00 Uhr
Standaktion Grüne Wirtschaft
 Marktplatz Dietikon

28. August 2016, 16:00 Uhr
Grillfest
 Biohof Fondli Dietikon

17. September 2016, 9:00–16:00 Uhr
Infostand Grüne Wirtschaft und
Atomausstieg
 Marktplatz Dietikon

29. Oktober 2016, 8:00–12:00 Uhr
Standaktion Atomausstieg und
Kulturlandinitiative
 Marktplatz Dietikon

GRÜNE BEZIRK DÜBENDORF

27. August 2016
Velobörse Dübendorf
 Annahme: 8:00–9:30 Uhr, Verkauf:
 10:00–15:00 Uhr, Stadthausplatz

GRÜNE ILLNAU-EFFRETIKON

23. August 2016, 19:30 Uhr
Infoveranstaltung Kulturlandinitiative
Chancen, Risiken, Facts
 Podium mit Marionna Schlatter, Mode-
 ration: Martin Graf, Foyer Stadthaus
 Effretikon, anschliessend Apéro

GRÜNE BEZIRK MEILEN

2. September 2016, 14:00–20:00 Uhr
Abstimmungsstand Grüne Wirtschaft
 Meilemer Herbstmärt

1. Oktober 2016, 10:00–17:00 Uhr
Infostand Atomausstieg und
Kulturland
 Uetiker Herbstmarkt

JUNGE GRÜNE

19. August 2016
Sommerfest
 Ackerstrasse 44, 8005 Zürich

26. August 2016, 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung
 Alte Kaserne Winterthur

10.–11. September 2016
Junggrünes Weekend
 Alte Kaserne Winterthur

22. September 2016, 18:00 Uhr
Velodemo
 Bürkliplatz Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen

GRÜNKOHL SONDERSETTING

Aus dem geheimen Knast-Tagebuch von Fraktionschefin E. G., verurteilt wegen schändlicher Sperrfrist-ignorierung.

Tag 1. Langweile mich. Nachdem ich von Regierungsrätin Steiner persönlich begrüsst wurde, die mir Wasser und Brot servierte und einen Staatstrojaner unter den WC-Deckel klemmte, hatte ich nichts zu tun. Bald kommt der Sozi. Ich denke, ich werde Reue zeigen.

Tag 2. Heute Hungerstreik. Nachdem die mir schon wieder nur einen 5-Gänger aus der Regierungsratsmensa serviert haben, ist der Zapfen ab. Das lasse ich mir nicht bieten. Rückzug auf Wasser und Zopf für mindestens zwei Stunden.

Tag 3. Heute Nachhilfeunterricht. Ich müsse die Richtlinien über die Einhaltung von Sperrfristen in Friedenszeiten 1'000 mal an die Wandtafel schreiben. Hab allerdings die drei Schachteln Kreide grad selber gefressen. Bekam zur Strafe nur ein Dessert.

Tag 4. Frage mich, warum die Medien immer sagen, Sondersetting sei derart teuer. Es gibt kein WC-Papier, nur den Tagi, und der Wärter wurde durch einen gewissen Herrn Fehr ersetzt. Komischer Typ. Meinte, auch er sei ein Trojaner. Zahlen die dem eigentlich Lohn?

Tag 5. Hatte eben gerade mein Gnadengesuch an die Regierung handschriftlich auf einem Bierdeckel fertig verfasst, als es hiess, das Sondersetting sei morgen zu Ende. Ich sei resozialisiert. Freu mich auf die nächste Ratssitzung. Endlich wieder normale Menschen um mich.

■ Grünkohl